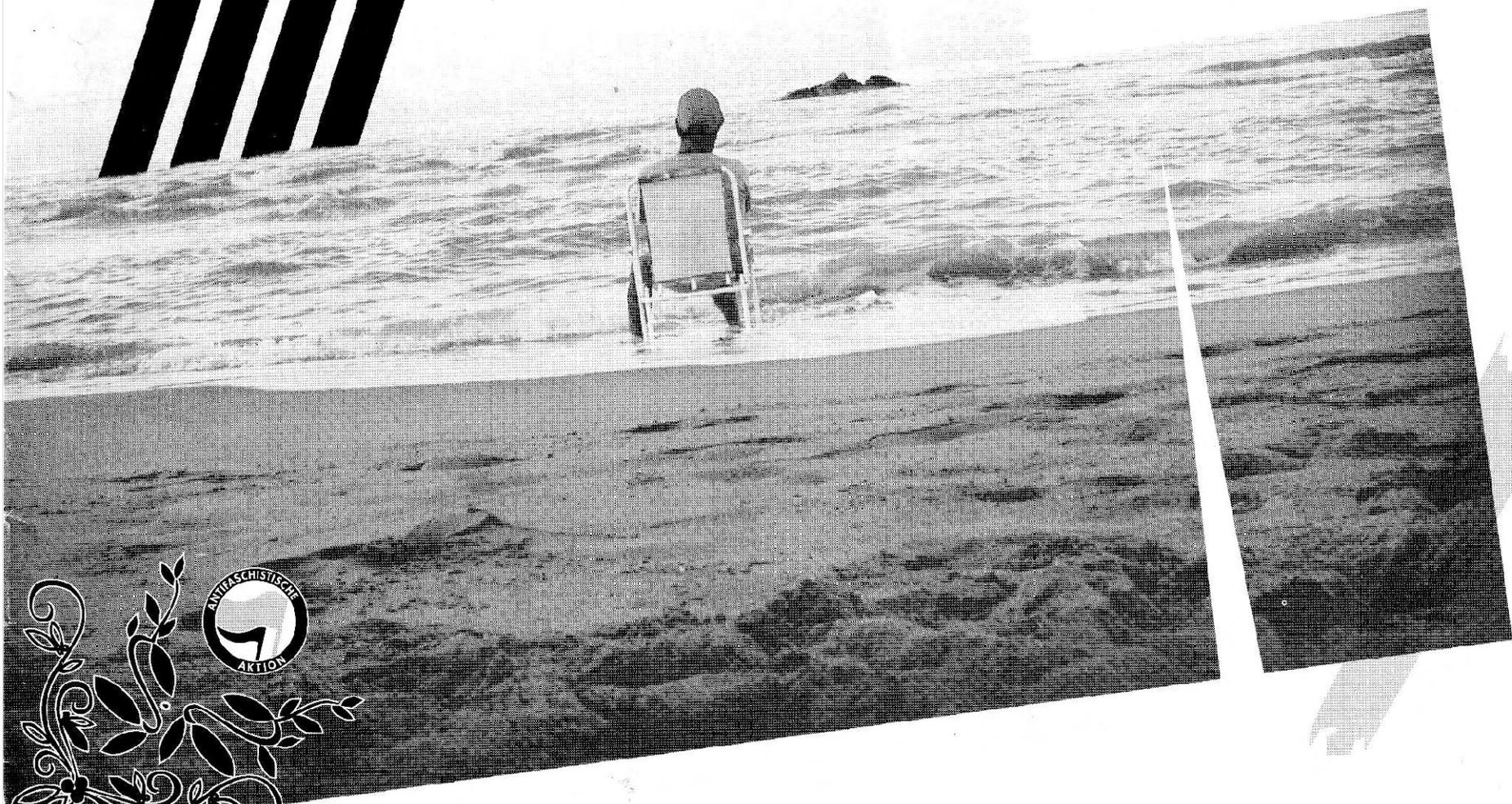


Für immer Ferien

Kommunismus statt Arbeit



redical.org



Kaum ein anderer Tag im Jahr ist in diesem Land mit soviel Mythen, Pathos und Symbolik verbunden wie der 1. Mai – und das auch noch aus allen politischen und unpolitischen Richtungen. Vor dem Hintergrund all der sinnentleerten Rituale und falsch verstandenden Hoffnungen, die sich um diesen Tag ranken, erscheinen diejenigen, die einfach einen lohnarbeitsfreien Tag genießen wollen, zunächst fast als die sympathischsten. Die Gewerkschaften begreifen den 1. Mai zwar offiziell als „ihren“ politischen Kampftag, aber allein schon das kritiklose Übernehmen des Kalendereintrags „1. Mai. Feiertag. Tag der Arbeit“ zeigt schon, das es nur neue Kompromissvorschläge an Arbeitgeber und die jeweiligen Regierungen unterbreitet werden. Ob sich die „Basis“ nun mehr durch das jeweilige DGB-Motto – 2008: Gute Arbeit muss drin sein – oder durch die Möglichkeit ab 11 Uhr ungeniert Bier zur Bratwurst trinken zu dürfen, sei mal dahingestellt. Nicht vergessen wollen wir aber auch, dass immer noch ein paar sich treu gebliebene 68er einmal im Jahr die rote Fahne auspacken und mit zur DGB-Demo tragen, revolutionäre Propaganda zumindest einmal im Jahr ist wichtig für das Gewissen. Selbstverständlich gibt's auch Linkspartei und Co., die noch einen Euro mehr Mindestlohn fordern als die anderen, noch schneller Vollbeschäftigung schaffen könnten, Hartz IV noch radikaler weghaben wollen usw. usf. Weh tut das dem Kapital alles nicht, die Fixierung auf Verbesserungsvorschlägen und bürgerliche Verkehrsformen dürfte eher das Gegenteil bewirken. Auch die Nazis haben inzwischen den 1. Mai für sich wiederentdeckt, welcher Tag bietet sich auch besser an, um dem „deutschen Volk“ die Verbindung aus sozialem und nationalem Interesse näherzubringen. Mit Parolen wie zum diesjährigen Aufmarschplan in Hamburg „Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen!“ hoffen sie Anknüpfungspunkte zu breiteren Teilen der Bevölkerung zu finden, die über eine ähnliche Wortwahl hinausgehen.

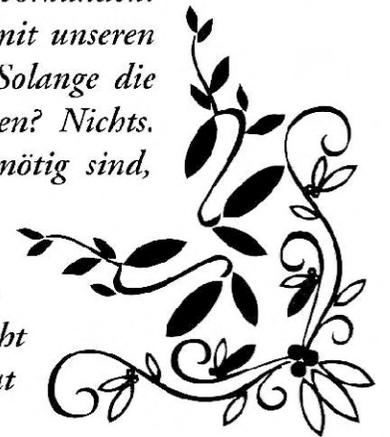
Und die revolutionäre Linke? Die spielt am 1. Mai gerne Revolution, am Liebsten in Berlin. Hier lassen sich auch quasi alle derzeit praktizierten Spielsysteme beobachten: Klassisch mit Libero Lenin, als Manndecker Stalin und Mao, etwas moderner mit autonomer Vigner-Kette, oder ganz neu die flexible Raute im Mittelfeld mal vorne, mal hinten auf dem Euro-Mayday. In der dritten Halbzeit treffen sich dann fast alle wieder und spielen alle zusammen, mit wirklich allen die sonst noch mitmachen wollen, gegen die Bullen, meistens in Kreuzberg. Der geplante Nazi-Aufmarsch 1. Mai in Hamburg ist dieses Jahr eine weitere Pflichtübung für die radikale Linke – für Spannung ist auf jeden Fall gesorgt. Insgesamt erscheint der 1. Mai vor diesem Hintergrund mehr als Ausdruck einer gefestigten wehrhaften Demokratie, denn als politischer Kampftag für ein besseres Leben. Hier ein bisschen Reformvorschläge, dort ein bisschen radikale Kritik, denn auch die ist meistens erlaubt in diesem Staat. Die Nazis kann man ja nicht so leicht verbieten wegen der Demokratie, aber dagegen gibt's ja „bunt statt braun“-Feste. Und die liebe Polizei sorgt dafür, dass nichts aus dem Ruder läuft, und wenn's in Kreuzberg oder Hamburg auch dies Jahr ein bisschen heftiger kracht, nicht so schlimm, ist ja nur einmal 1. Mai im Jahr. Trotz aller ritualisierten Mai-Spektakel – ganz drum rum um den mächtigen Symbolcharakter des 1. Mais kommen auch wir als radikale Linke nicht. Denn gerade im allgemeinen Reform- und Revolutionstaumel sehen wir die Möglichkeit, unsere Kritik am falschen Ganzen anzubringen. Keine Verbesserungsvorschläge wollen wir artikulieren, sondern eine Absage an die Arbeit und den Kapitalismus an sich. Dass das geschriebene Wort dafür allein nicht ausreicht, ist uns völlig klar. Wenn in den Veranstaltungen, Demos und riots emoanzipatorische kommunistische Kritik auch für Außenstehende erkennbar wird, wäre schon viel gewonnen. Zweck des Ganzen kann neben dem kurzen öffentlich wahrnehmbaren Schlaglicht 1. Mai aber nur sein, den Symbolcharakter des 1. Mais als einmaliges alljährliches Ereignis zu überwinden und auch den Rest des Jahres zur Absage an den Kapitalismus zu nutzen und praktisch auszudrücken.

„Die »Arbeit« ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche, vom Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit.“ (Marx)

Es scheint das natürlichste der Welt zu sein. Früher oder später wird jedelr damit konfrontiert. Lebensentwürfe werden danach ausgerichtet, allerorten stellt sich die Frage: „Weißt du schon, hast du schon?“ Die Frage: „Willst du überhaupt?“ stellt sich dagegen nicht. Die Rede ist von Arbeit. Seit Menschengedenken drehen sich Generationen morgens noch mal um, stolpern noch benommen aus ihren Behausungen und nehmen den nächsten Bus, der sie von ihren flauschigen Federn fortschafft. Ohne die sich als Stoffwechsel mit der Natur darstellenden Tätigkeiten stünde nichts um uns herum, abgesehen von einem weiten Feld, einer grasenden Büffelherde und ein paar ziemlich großer Bäume. So weit, so gut. Auf den zweiten Blick ist diese einfach erscheinende Tatsache jedoch weit komplexer. Zunächst, und damit beginnt unsere Analyse, unterscheidet sich das, was wir heute als Arbeit (nicht) begreifen, von jeder vergangenen Tätigkeit in allen dem Kapitalismus vorangegangenen Gesellschaften. An die Stelle der direkten Produktion von Gebrauchsgütern (Landwirtschaft, Handwerk) und der personalen Herrschaft (Kirche, Feudalherr, Sklaverei) ist ein abstraktes, in höchstem Maße arbeitsteiliges Verhältnis getreten, in dem niemand mehr so genau durchblickt, was und für wen ersie da eigentlich produziert. Und nicht nur das: Alle Teile der gesellschaftlichen Gesamtarbeit werden privat organisiert – in konkurrierenden Unternehmen. Der einzige Kontakt, den die ProduzentInnen untereinander halten, ist der Austausch von Waren. Folglich ist die Arbeit den Mechanismen des Warentausches unterworfen – Mechanismen, die niemand beherrscht, ökonomische Gesetze, die dem Kapitalismus notwendig innewohnen.

Die konkrete Gestalt der Gesellschaft, die aus diesen Gesetzen folgt, ist allerdings nicht unveränderlich. Im Gegenteil: Unter dem Druck der Konkurrenz muss das Kapital sich ständig neuen Bedingungen anpassen, sich neu organisieren - um des eigenen Überlebens willen.

Was bedeutet dies für die Organisation der Arbeit? Im Zuge der mikroelektronischen Revolution werden zunehmend Arbeitsverhältnisse umgeworfen, die noch vor dreißig Jahren als sicher galten – mit ungeheuren sozialen Folgen. Was heißt das für eine Gesellschaft, deren Identität sich zuallererst über die Arbeit herstellt? Phänomenen wie der Massenarbeitslosigkeit begegnen allerlei Konzepte, die scheinbare Antworten auf die drängenden Probleme zu bieten haben – nicht wenige davon von der reaktionärsten Sorte. Nationalistische Deutungsmuster haben Hochkonjunktur und die (Eva) Hermanns allerorten nehmen die Errungenschaften der Frauenbewegung unter Kreuzfeuer. Der Staat versucht händeringend die sich überall auftuenden Risse zu kitteln, um wenigstens die Simulation einer funktionierenden Arbeitsgesellschaft zu schaffen. Und was haben die Gewerkschaften dazu zu sagen? Nicht erst seit dem Ende der „Sozialpartnerschaft“ zeigen sich die Widersprüche einer historischen ArbeiterInnenbewegung, die sich die Arbeit selbst auf die Fahnen geschrieben hat und die sich langsam aber sicher ihrer Geschäftsgrundlage beraubt sieht. Die ihre Rolle in dieser Gesellschaft spielt, ohne das Drehbuch zu kennen. Das hält kein/e KritikerIn lange aus. Nein, die Widersprüche dieser Gesellschaft lassen sich nicht in ihrem eigenen Rahmen lösen: Es muss Schluss gemacht werden mit dem Götzen Arbeit. Ein Zurück in die „Behaglichkeit“ der Vollbeschäftigung wird es nicht geben. Und warum auch? Die Möglichkeiten einer weitgehend automatischen Produktion sind längst vorhanden. Nur was nützt uns das, solange nicht wir mit unseren Bedürfnissen die Produktion beherrschen? Solange die Bedürfnisse der Produktion uns beherrschen? Nichts. Lasst uns die Tätigkeiten, die unbedingt nötig sind, endlich vernünftig organisieren und lasst uns ansonsten damit in Ruhe. Wir haben nämlich was besseres vor: In der Sonne sitzen, bei einem Glässchen Prosecco vielleicht und ... den Kommunismus. It's all about what we need.



Work is history in progress

Arbeit wird in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft als eine zielgerichtete, planmäßige und bewusste menschliche Tätigkeit definiert, die unter Einsatz physischer, psychischer und geistiger Fähigkeiten und Fertigkeiten erfolgt. Zentrales Ziel ist dabei, Geld zu verdienen, um sich etwas leisten zu können, also um seine Bedürfnisse zu befriedigen. Um an Geld zu kommen, gibt es im Prinzip nur diese eine Möglichkeit, die als legal gilt: nämlich zu arbeiten. Denn LottogewinnerInnen sind eher als Ausnahme zu betrachten.

Dass die Menschen seit Anbeginn ihrer Existenz zielgerichtete Tätigkeiten ausführen, ist eine Banalität. Sie waren darauf angewiesen, sich in der Natur, die ihnen nicht gerade freundlich gegenüberstand, zurechtzufinden und einzurichten. Im Laufe der Zeit entwickelten sie Methoden und Techniken, die es ihnen erleichterten, ihr Leben zu organisieren. Sie eigneten sich Jahrtausende lang Wissen an, so dass sie sich im Zuge der Ent-

wicklung die Natur zum Untertanen machen konnten. Was die Menschen lernen wollten, war jedoch nicht nur, die Natur zu verstehen und sich in ihr zurechtzukommen, sondern vor allem, sie zu beherrschen. In der Moderne begriffen sich die Menschen selbst als handelnde und formbare Wesen und begannen, sich selbst zuzurichten. Mit diesem Prozess der Subjektwerdung ging einher, dass die Menschen sich als „Krönung der Schöpfung“ begriffen.



Nicht nur die Natur sollte nun beherrscht werden, sondern auch die Menschen, die in historisch spezifischen Gruppen organisiert waren, wurden von den zur damaligen Zeit jeweils herrschenden Königen, Fürsten und anderen Herrschaftsfiguren dominiert. Dass diese meist nicht arbeiteten, versteht sich von selbst – immerhin ist die Muße um einiges angenehmer als die Maloche. Die Dinge, die zu erledigen waren, wurden von ihnen delegiert und organisiert. Hier ist der Ursprung der Arbeitsteilung in Hierarchien angesiedelt: Soziale Hierarchien werden dabei in die zu tätigenen Arbeiten eingeflochten, so dass die Tätigkeit der/des Einzelnen in den gesellschaftlichen Gruppen zumeist den sozialen Status widerspiegelt.

Im „Römischen Reich“ gelang es dem herrschenden römischen Patriziat und zum Teil auch den PlebejerInnen, die unliebsamen Tätigkeiten sozusagen „outzusourcen“, wie es heute so schön vulgärökonomisch heißt. Mit einer bluttriefenden Geschichte der Unterdrückung und Verschleppung haben es vor allem diese geschafft, sich der Arbeit so gut wie möglich zu entledigen, nämlich durch Sklaven, die nicht als handelnde Menschen und als Subjekte, sondern als „sprechende Werkzeuge“ angesehen wurden. Das lateinische Wort „laborare“ drückt dabei den Stellenwert aus, den die „Sklavenhaltergesellschaft“ der Arbeit beimmaß: Übersetzt heißt „laborare“ „schwanken unter einer schweren Last“ – und drückt damit sehr bildlich die Tätigkeit aus, die ein Sklave oder eine Sklavin zu verrichten hatten. Die Tätigkeit, die eine Person auszuführen hatte, war dabei bestimmt durch ihren Stand – und dieser war wiederum durch die Geburt vorbestimmt. Die Arbeit hatte für die meisten Menschen zum einen den Zweck, die Produkte herzustellen, die der Familienbund benötigt, um zu existieren und zum anderen, die Abgaben für die Herrscher aufzubringen. Wir stellen dies so ausführlich dar, weil wir damit zeigen wollen, dass es nicht in allen historischen Gesellschaften selbst-

verständlich war, zu arbeiten; und dass sich Identität nicht zwangsläufig über Arbeit herstellen muss. Allen vorkapitalistischen Gesellschaften – egal, ob den „frühen Menschen“, den antiken Griechen, der ägyptische Hochkultur, den Römern oder den Menschen im Feudalismus – war gemeinsam, dass die Arbeit durch direkte Beziehungen zum von ihnen hergestellten Produkt gesellschaftlich oder durch direkte Herrschaft vermittelt wurde. Diese Klarheit verschwand jedoch, wie im Folgenden zu zeigen ist, jedoch im Kapitalismus, was die Funktionen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Arbeit fundamental umkrempelte.

Arbeit oder Arbeit, dass ist hier die Frage

Mit dem Einsetzen der industriellen Revolution, die im späten 18. Jahrhundert durch im Wesentlichen durch die Erfindung der Dampfmaschine ausgelöst wurde, veränderte sich jedoch nicht nur die Produktion, sondern auch die Gesellschaft, vor allem im Westen. Diese technologische Revolution gilt als Geburtshelfer des modernen Kapitalismus. Im Verlauf der westlichen kapitalistischen Geschichte wurden immer effektivere Maschinen etc. gebaut, so dass immer weniger Menschen immer mehr Waren in immer kürzerer Zeit produzieren konnten. Mit dem Aufkommen der Fließbandarbeit, maßgeblich vorangetrieben durch Henry Ford, stieg die Produktivität Anfang des 20. Jahrhunderts noch einmal enorm an. Das Besondere an der Fließbandarbeit ist, dass die ArbeiterInnen nur noch einfache Handgriffe machen müssen, die keiner langen Ausbildung bedürfen, weshalb sie auch dementsprechend schlecht entlohnt werden. Desweiteren führte diese neue Organisationsform der Arbeit dazu, dass die ArbeiterInnen, isoliert an ihren jeweiligen Maschinen stehend, für die kapitalistische Verwertung diszipliniert wurden.

Mit der mikroelektronischen Revolution in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts gab es abermals einen explosionsartigen Anstieg der Produktivkräfte in den westlichen Industrienationen. Diese mikroelektronische Revolution, die mit der „Computerisierung“ der Produktion und der kapitalistischen Infrastruktur einhergeht, weitete nicht nur die Kommunikations- und Transportstrukturen weltweit aus, sondern ermöglichte bzw. begünstigte den internationalen Waren- und Finanzverkehr, was allgemein als „Globalisierung“ wahrgenommen und bezeichnet wird. Mit dem Einsatz dieser neuen Technologien hat sich die Warenproduktion grundsätzlich geändert, so dass die Fließbandarbeit, die in den 60er bis 80er Jahren des letzten Jahrhunderts die Haupterwerbsquelle der ArbeiterInnen dargestellt hatte, stark zurückging. Vollautomatisierte Produktionsabläufe wie z.B. in der



Autoindustrie, die durch Computer und Roboter vollzogen werden, machen die „einfachen Arbeiten“, die aus reduzierten Tätigkeiten und Handgriffen bestehen, tendenziell und zunehmend überflüssig. Dieser so genannte sekundäre Sektor, der den meisten ArbeiterInnen lange Zeit ein mehr oder weniger sicheres Einkommen garantierte, bindet immer weniger Arbeitskräfte. Dieser Transformationsprozess der Warenproduktion geht einher mit Rationalisierungsschüben und Massenentlassungen durch die Betriebe. Die internationale Konkurrenzsituation und das Verschwinden von nationalen Handelsschranken lassen den Faktor Lohnkosten zum Damoklesschwert über den ArbeiterInnen werden. Entweder, sie können der internationalen Konkurrenz angeglichen werden – oder aber der sogenannte Standort läuft Gefahr, ökonomisch uninteressant zu werden. Gehetzt vom ökonomischen Zwang der kapitalistischen Konkurrenz, müssen sich die Kapitalisten jene Produktionsstätten aussuchen, die für sie die Bewegung des Kapitals, also aus Geld mehr Geld zu machen (G-W-G'), am effektivsten vollziehen können. Die erforderlichen Tätigkeiten können in den westlichen Industrienationen dabei von immer weniger, aber besser ausgebildeten Arbeitskräften erledigt werden. Ungelernte Berufe und einfache Tätigkeiten wurden und werden nur noch selten durch zusätzliche Arbeitskräfte ausgeführt und fallen zunehmend weg.

So wird die Gesellschaft, die nicht mehr ihre hauptsächlich Wertschöpfungsprozesse aus der industriellen Arbeit bezieht, als sogenannte Dienstleistungsgesellschaft bezeichnet. Nach der „Spaßgesellschaft“ heißt es jetzt also, „den Gürtel enger zu schnallen“ und sich der Dienstleistungsgesellschaft zu unterwerfen. Dass nicht jede/r ArbeiterIn in dem sogenannten tertiären Sektor der Dienstleistungen aufzufangen ist, versteht sich von selbst – und so ist es zwingend logisch, dass viele Menschen arbeitslos werden.

Arbeit, du Hohelied „deutschen Schaffens“

An diesem Punkt der Freisetzung von Arbeitskraft und Ausscheiden aus dem kapitalistischen Verwertungsprozess muss die Sinnstiftung durch Arbeit als bürgerlich-ideologisches Prinzip umso härter zurückschlagen. Das Arbeitsethos der bürgerlichen Gesellschaft ist eng verbunden mit der zur Zeit der Reformation entwickelten protestantischen Arbeitsethik. Diese ist gekennzeichnet durch die Vorstellung von Arbeit als Pflicht, die man nicht in Frage stellen darf. Die Arbeit bildet den Mittelpunkt des Lebens und stellt das sinnstiftende Moment dar, um ein gottgefälliges Leben zu führen. Alle, die nicht arbeiten, werden folglich als faul und störend stigmatisiert. Diese Stigmatisierung wird in der bürgerlichen Gesellschaft noch einmal verstärkt. Die Nation ist dabei das kollektive Konstrukt, welche die Arbeiten der Individuen untrennbar miteinander zu verweben scheint. Ihre Arbeiten erscheinen den BürgerInnen als das Gesamtprodukt, das sie im Zwangskollektiv der Nation erwirtschaften – ohne zu erkennen, dass es ihnen nicht besser geht, wenn sie der Arbeit huldigen. Arbeit wird von der bürgerlichen Gesellschaft nicht nur als das universelle Prinzip angesehen, Geld zu verdienen, um leben zu können, sondern gilt an sich schon als sinnstiftend. Der Sinn besteht darin, ideell in der Tätigkeit aufzugehen, sich dieser verpflichtet zu fühlen und sich so letztendlich in einen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang stellen zu können. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht am Allgemeinwohl partizipieren können, so die Losung, die die gesellschaftliche und tagtägliche Gewalttätigkeit des kapitalistischen Systems offenbart. Verstärkt werden dabei Arbeitsverhältnisse geschaffen, die als prekär zu beschreiben sind. Besonders hart trifft ein solches Dogma „Illegale“ und MigrantInnen, die in den meisten Fällen ohnehin schon prekäre Tätigkeiten ausüben. Arbeit soll zuerst für Deutsche da sein und die Drecksjobs (Erntearbeit, Putzen

usw.) können „die Ausländer“ dann ja machen, so eine weit verbreitete Meinung.

Dieses völkisch-rassistische Argumentationsmuster ist in der Überhöhung der „deutschen Arbeit“ als besonders produktiv bereits angelegt. Die Überhöhung der „nationalen Arbeit“ reproduziert dabei nicht nur Rassismus, sondern vor allem auch Antisemitismus: Die „gute, ehrliche Arbeit“ – oder das „schaffende Kapital“, wie es während der nationalsozialistischen Barbarei hieß –, wird dabei der als jüdisch stigmatisierten Finanzsphäre des „raffenden Kapitals“ gegenübergestellt. Bei diesem antisemitischen Stereotyp wird das bürgerliche fetischisierte Bewusstsein sehr deutlich vorgeführt: Es kommt schließlich nicht von ungefähr, wenn Manager als „Heuschrecken“ betitelt werden und behauptet wird, diese würden nicht arbeiten, sondern sich den von anderen hart erwirtschafteten Reichtum aufgrund von Fusionen, Übernahmen etc. einfach unter den Nagel reißen. Dem liegt zu Grunde, dass die Bestimmung der Arbeit als „schaffendes Moment“ eine gesellschaftsimmanente Logik als objektiviertes Verhältnis offenbart: Die Menschen nehmen ihre Form der Bedürfnisbefriedigung im Kapitalismus personalisiert wahr. Das bedeutet, gesellschaftliche Verhältnisse werden auf bewusste Handlungen einzelner Kapitalisten zurückgeführt. Desweiteren ist die Nation ohne die nahezu mystische Überhöhung von Arbeit als besonders produktives Moment kaum denkbar. In eben dieser Vorstellung schlummert die latente Regression. Um jedoch die Arbeit als gesellschaftlichen Klebstoff nicht zu verlieren, simuliert der bürgerliche Staat daher Arbeitsmöglichkeiten.

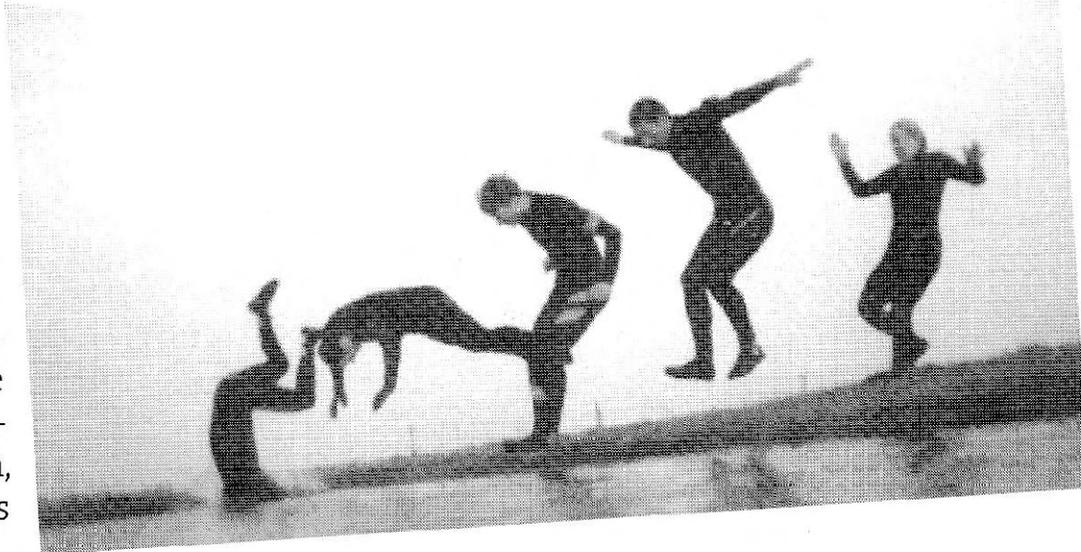
Denn weiterhin gilt Arbeit als das einzig legitime Mittel, um am gesellschaftlichen Reichtum partizipieren zu können.

Staat als repressiver Krisenverwalter

Es ist inzwischen fünf Jahre her, dass die Agenda 2010 beschlossen und vollzogen wurde: Eine Reformwütigkeit, wie sie die BRD noch nicht gesehen hat. Die Stagnation auf dem Arbeitsmarkt sollte durchbrochen werden, so die Aussage der Charaktermasken. Hartz IV, als ein Reformvorhaben der Agenda 2010, sorgte für heftige Irritationen und bundesweite Proteste der bürgerlichen Gesellschaft, die sich dabei fast ausnahmslos positiv auf ihren Status als deutsche Arbeitswillige beriefen und damit die regressive Antwort als Artikulation von Protest wählten. Die staatlichen Maßnahmen haben unter anderem dazu



geführt, dass Arbeits- und Sozialämter zusammengefasst und so genannte „Agenturen für Arbeit“ errichtet wurden, Ein-Euro-Jobs erleben im Zuge von Hartz IV ihre Hochphase und auch die Arbeitslosenstatistik scheint sich inzwischen zu erholen. Doch der Aufschwung, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit herunter- bzw. angebetet wird, schlägt sich nicht in den Portemonnaies der meisten BürgerInnen nieder. Denn der bürgerliche Staat hat stillschweigend beschlossen, dass es nicht seine Funktion ist, für Arbeit zu sorgen, sondern die Infrastruktur der kapitalistischen Verwertung zu organisieren und die Grundbedingungen der Ausbeutungsverhältnisse rechtlich auszuhandeln. Dies tat er mit Hartz IV auch. Erhebliche Einschnitte im Sozialsystem werden damit verbunden. Mit dem Antrag auf das Arbeitslosengeld II (ALG II), wird der Antragssteller bzw. die Antragstellerin verpflichtet, jeden noch so beschissenen Job anzunehmen, der als zumutbar gilt. Im Falle der Weigerung, den angebotenen Job anzunehmen, kann die Geldleistung gekürzt oder bei mehrmaliger Verweigerung sogar ganz gestrichen werden. Hier wird deutlich, dass der gesellschaftliche Zwang zur Maloche auch dann gegeben ist, wenn es eigentlich gar nichts zu tun gibt. Sich einen Sparstrumpf anzulegen oder seine bürgerliche Existenz in Form von Sachwerten sichern zu wollen, hilft heutzutage auch nichts



mehr bei längerer Arbeitslosigkeit – sämtliches Vermögen wird von Hartz IV gnadenlos abgezogen.

Die Funktion der Arbeitslosen, die in Arbeit gezwungen werden, liegt auf der Hand: Zum einen sind sie Druckmittel auf dem Arbeitsmarkt, um Erwerbstätigen immer vor Augen zu führen, was ihnen blüht, wenn sie sich nicht den Bedingungen des Kapitals unterwerfen – sozusagen die andere Seite der Medaille des kapitalistischen Glücksversprechens. Und zum anderen haben diese zumeist sehr kurzfristig anberaumten Tätigkeiten disziplinierenden Charakter. Denn der Kapitalismus benötigt bewegliche Arbeitskraft, die universell einsetzbar und sehr mobil ist, um Lücken in der kapitalistischen Bedürfnisstruktur unmittelbar schließen zu können. Doch an diesem Punkt stößt die Ware Arbeitskraft allgemein an ihre tendenziellen Grenzen: Es ist von der Krise der Arbeit die Rede. Ihre

Wahrheit hat diese Rede darin, dass sich die Reichtumsproduktion tatsächlich zunehmend von der Arbeit entkoppelt. Die „Arbeitswilligen“ können ihr Leben nicht mehr durch einen einzigen Job gewährleisten, weil die Arbeitslöhne derart gesunken und die generellen Lebenshaltungskosten etc. dagegen stark angestiegen sind. Die zunehmende Produktivität der Volkswirtschaft steht dabei in einem krassen Missverhältnis zu den Lebensbedingungen und -realitäten der meisten BürgerInnen. Der Staat sieht sich an die-

sem Punkt in der Verantwortung, den gesellschaftlichen, kapitalistischen, sozialen Kitt „künstlich“ aufrecht zu erhalten. Die an den Staat gerichteten Forderungen der BürgerInnen nach Arbeit zeigen, wie verinnerlicht das Verhältnis der Menschen zur Arbeit ist. Allerdings ist Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft in materieller Hinsicht die einzige Möglichkeit, leben zu können, ob gut oder schlecht. Der Ausbau der repressiven und präventiven Organe des Staates (Polizei, Gesetze etc.) soll den reibungslosen Prozess der Verwertung und der kapitalistischen Infrastruktur gewährleisten. Daher kann der Staat als repressiver Krisenverwalter bezeichnet werden.

Arbeit um des Wertes Willen

Allgemein gilt im Kapitalismus der Grundsatz, dass es nur eines gibt, das noch schlimmer ist, als ausgebeutet zu werden: nämlich nicht ausgebeutet zu werden. Dieser Grundsatz kennzeichnet die Totalität der kapitalistischen Gesellschaft und bindet einen Manager genauso wie eine Servicekraft an die kapitalistische Verwertung – und deren Bedingungen wiederum an das Individuum. Arbeit ist das abstrakte Moment – als Denkabstraktion – der historisch spezifischen kapitalistischen Gesellschaft. Spezifisch ist dabei die Stellung, die die Arbeit in einer solchen Gesellschaft einnimmt. Es wird nicht produziert, um ein gesellschaftlich vermitteltes Bedürfnis zu befriedigen, ganz unabhängig von der Art und Weise dieses Bedürfnisses, sondern stets für eine Kategorie, die sich Markt schimpft. Auf diesem Markt werden Erzeugnisse getauscht, die individuelle Bedürfnisse befriedigen, so die bürgerliche Annahme. Dieser Tausch durch Geld scheint die allgemeine Bestimmung des menschlichen Handelns per se zu sein, sie scheint die „natürlichste“ Form der Bedürfnisbefriedigung zu sein. Die allgemeinste Bestimmung der Arbeit für die Menschen ist es, sich selbst am Leben zu erhalten und sich, sofern möglich, eine

einigermaßen gute Zeit auf der Erde zu sichern. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, wird geschuftet, gelernt und geackert, um möglichst viel Geld zu verdienen. Doch was der bürgerlichen Gesellschaft nicht in den Sinn kommt, ist dieses Grunddogma zu hinterfragen. Der Zwang wird gelebt, ohne zu wissen, warum.

Wenn man sich die konkrete Tätigkeit anschaut, die eine Person ausübt, wird man nicht sehen können, ob das Erzeugnis dieser Tätigkeit später Geld bringen wird und damit wertschaffend ist – also, ob die „Verausgabung von Hirn, Muskel“ etc. einer zweckgerichteten Tätigkeit dient. Arbeit hat in der kapitalistischen Gesellschaft einen Doppelcharakter: Zum einen tritt sie als konkrete Arbeit auf, die Gebrauchswerte schafft und zum anderen erzeugt sie eine Realabstraktion – die abstrakte Arbeit. Da die konkrete Arbeit keinen gesellschaftlichen Zusammenhang bilden kann, muss es etwas geben, das die Beziehungen der einzelnen Tätigkeiten koordiniert und sie in ein gesellschaftliches Verhältnis setzt. Diese Koordination bzw. diese Vermittlung kann nur über die abstrakte Arbeit vollzogen werden. Nach Marx ist dieses nur möglich, weil sich die Privatarbeiten gesellschaftlich aufeinander beziehen. Dies kann nicht mittels der Gebrauchswerte geschehen. Der Gebrauchswert einer Sache ist nichts anderes als seine Nützlichkeit. Der Gebrauchswert eines Stuhles beispielsweise besteht darin, dass darauf gesessen werden kann. Der Gebrauchswert ist auch unabhängig davon, ob die Sache getauscht wird. Dem Stuhl ist jedoch mit anderen Produkten gemein, dass ihre Produzenten sich im Austausch gesellschaftlich aufeinander beziehen. Dies bringt es mit sich, dass sie sich nicht als Menschen aufeinander beziehen, sondern sich objektiviert im Tausch als Werte gleichsetzen. Das Perfide daran ist, dass sie das machen, ohne es zu wissen. Ihnen erscheint es so, als sei der Tausch zwischen zwei Waren eine Handlung von zwei unabhängigen

Individuen. Doch die beiden Tauschenden sind in der Situation des Tausches nicht isoliert von der Gesellschaft: Ihr Tausch ist vielmehr allgemeingültiges Prinzip in der kapitalistischen Gesellschaft. Ihre in die ausgetauschte Ware gesteckte Arbeit ist Teil einer gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Der gesamtgesellschaftliche Bezug der Arbeit ist also die abstrakte Arbeit. Die Form ihrer Verausgabung – der Wert – ist das gesellschaftlich vermittelnde Verhältnis, in dem sich alle Arbeiten zueinander in Beziehung setzen lassen. Er ist die Grundlage bzw. die Substanz dieses gesellschaftlichen Verhältnisses der abstrakten Arbeit, die allen Arbeitenden als allgemeines Prinzip tagtäglich um die Ohren fliegt.

Das Seltsame an der Arbeit im Kapitalismus ist, dass ich arbeiten muss, um Geld zu verdienen, um mir Bedürfnisbefriedigung kaufen zu können. Und das anstatt mit unserer Arbeit Produkte zu schaffen, die unsere Bedürfnisse befriedigen. Reproduktion ist ohne Arbeit nicht möglich. Klingt das erstrebenswert? Nein.

Patriarchat, Du alter Drecksack!

Arbeit als produktive Tätigkeit wird vor allem erst einmal als „männliche“ Arbeit gedacht. Sie drang historisch nach außen, sie war sichtbar und öffentlich. Als „Naturell der Frau“ wurde hingegen angesehen, sich um den Haushalt und die Kinder zu kümmern, also die reproduktiven Tätigkeiten im als privat definierten Bereich zu übernehmen. Diese scheinbar natürliche Trennung zwischen produktiver, „männlich“ konnotierter und reproduktiver, „weiblich“ konnotierter Arbeit findet in der kapitalistischen Gesellschaft ihren Ausdruck als Patriarchat. Als abgespaltene Gegenseite der abstrakten Arbeit wird der vermeintlich „weibliche“ Part in der Reproduktion als nicht wertschaffend angesehen. Die „weibliche Sphäre“ und demgegenüber die abstrakte Arbeit konstituieren sich jedoch als

aufeinander bezogene und sich gegenseitig bedingende Komplementärbereiche, die einander zwingend benötigen. Sie durchdringen sich auch partiell, wenn z.B. Erziehungsarbeit, die eigentlich nicht mit dem Arbeitsbegriff gefasst werden kann, sich auch nach den Effizienzkriterien der Wertverwertung ausrichtet. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus von Stoff (Inhalt und Natur) und Form ist geschlechtsspezifisch bestimmt. Alles, was nicht in dem Verhältnis der abstrakten Arbeit aufgeht, aber dennoch notwendig für die Produktion ist, nämlich die Sphäre der Reproduktion, wird an die Frau delegiert. Hierbei wird jedoch deutlich, dass es keinen „männlichen“ Wert geben kann, wenn es nicht auch zugleich die reproduktive Arbeit gibt, die in den meisten Fällen – es sei denn, sie wird zum Beruf erhoben – als nicht „produktive Arbeit“ angesehen wird.

Durch die Frauenbewegung der 60er und 70er Jahre ist es auch Frauen möglich, an der Lohnarbeit mit allen ihren Zwängen zu partizipieren. Auch wenn Kapitalistinnen eher die Ausnahme sind und Arbeiterinnen generell weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen erhalten, gelingt es Frauen zunehmend, in die Sphäre der abstrakten Arbeit zu wechseln. Die Befreiung aus dem familiären Joch bezahlt die emanzipierte Arbeitnehmerin jedoch mit dem Diktat der abstrakten Arbeit, welche außer dem ehernen Gesetz der Verwertung keine Sinnhaftigkeit duldet. Die Dynamik des Kapitals erlaubt es, sich Frauen wie Männer einfach einzuverleiben und Frauen dabei auch noch geringere Löhne zu zahlen. Begründet wird diese Lohnstruktur erstens mit der Möglichkeit, dass Frauen Kinder bekommen und im Falle einer Schwangerschaft für den Arbeitgeber zum Kostenrisiko werden könnten. Zweitens wird die Frau letztlich immer noch als „Zuverdienerin“ angesehen – ihr Lohn muss, so die Logik, eben nicht dazu ausreichen, eine ganze Familie zu versorgen.

Abgesehen davon werden reproduktive Tätigkeiten, denen gesellschaftlich nicht viel Bedeutung und „Wert“ beigemessen wird, zunehmend kommerzialisiert. So wird Putzen, ein notwendiges Übel im Haushalt, zu einer Tätigkeit, die sich als Ware und Dienstleistung verkaufen lässt. Billigjobs wie eben Putzen werden unterirdisch entlohnt und werden daher zu Recht als prekäre Beschäftigungsfelder bezeichnet.

In der Krise der Arbeitsgesell-



schaft verschärft sich der Konkurrenzdruck enorm und kann zur Folge haben, dass sich die Errungenschaften der Emanzipation tendenziell in unteren Schichten wieder umkehren. Das patriarchale gesellschaftliche Gefüge könnte sich wieder zu Ungunsten der Emanzipation verschieben. Ein Indiz dafür könnte sein, dass in der letzten Zeit immer wieder Thesen an die Oberfläche dringen, die als

gesellschaftlich schon überwunden galten. So macht sich z.B. eine Eva Herrmann zum Sprachrohr der heutigen BdM-Fraktion (Bund deutscher Mädels), indem sie die Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter während des Nationalsozialismus protegiert und auf die Gegenwart übertragen möchte. Auch Christa Müller, die familienpolitische Sprecherin der Linken im Saarland und Ehefrau von Oskar Lafontaine, möchte die „weibliche“ Reproduktionsarbeit staatlich gewürdigt und bestätigt wissen. So wettet sie gegen die Betreuung in Kinderkrippen, die sie in ihrer „Grausamkeit“ mit der Verstümmelung des weiblichen Geschlechtsorgans z.B. in Afrika gleichsetzt. Erziehende sollten ihrer Ansicht nach mehr Geld für die Erziehung erhalten – jedoch nicht uneingeschränkt und unkontrolliert: Erziehungsberater sollten die Erziehungsleistung begutachten und bewerten. Bei schlechter Bewertung solle das Erziehungsgeld gekürzt werden. Desweiteren solle „Hausfrau“ ihrer Ansicht nach als anerkannter Beruf gelten und dementsprechend entlohnt werden. Die logische und erwünschte Konsequenz aus all diesen Forderungen wäre dann, dass die Geburtenrate der Deutschen steigen würde.

Auf den großen Teil der Frauen, die sich dem Projekt der Familie verschrieben haben, kommt ein patriarchaler backlash zu. Allerdings müssen hier jedoch auch Klassenunterschiede beachtet werden: Gut ausgebildete Frauen werden zunehmend auch in höheren Etagen zu finden sein oder Politik „gestalten“. Nicht nur die reproduktiven Arbeiten werden von Frauen, besonders in ökonomisch schlechteren Situationen, jetzt und in Zukunft gesellschaftlich verlangt. Sondern sie müssen auch noch arbeiten gehen, da es aufgrund der allgemeinen Wirtschaftslage für den Mann als „alleinigem Brötchenverdiener“ zunehmend schwieriger wird, für die ganze Familie zu sorgen. Um überhaupt über die

Runden zu kommen, ist zunehmend auch der Lohn der Frau unentbehrlich.

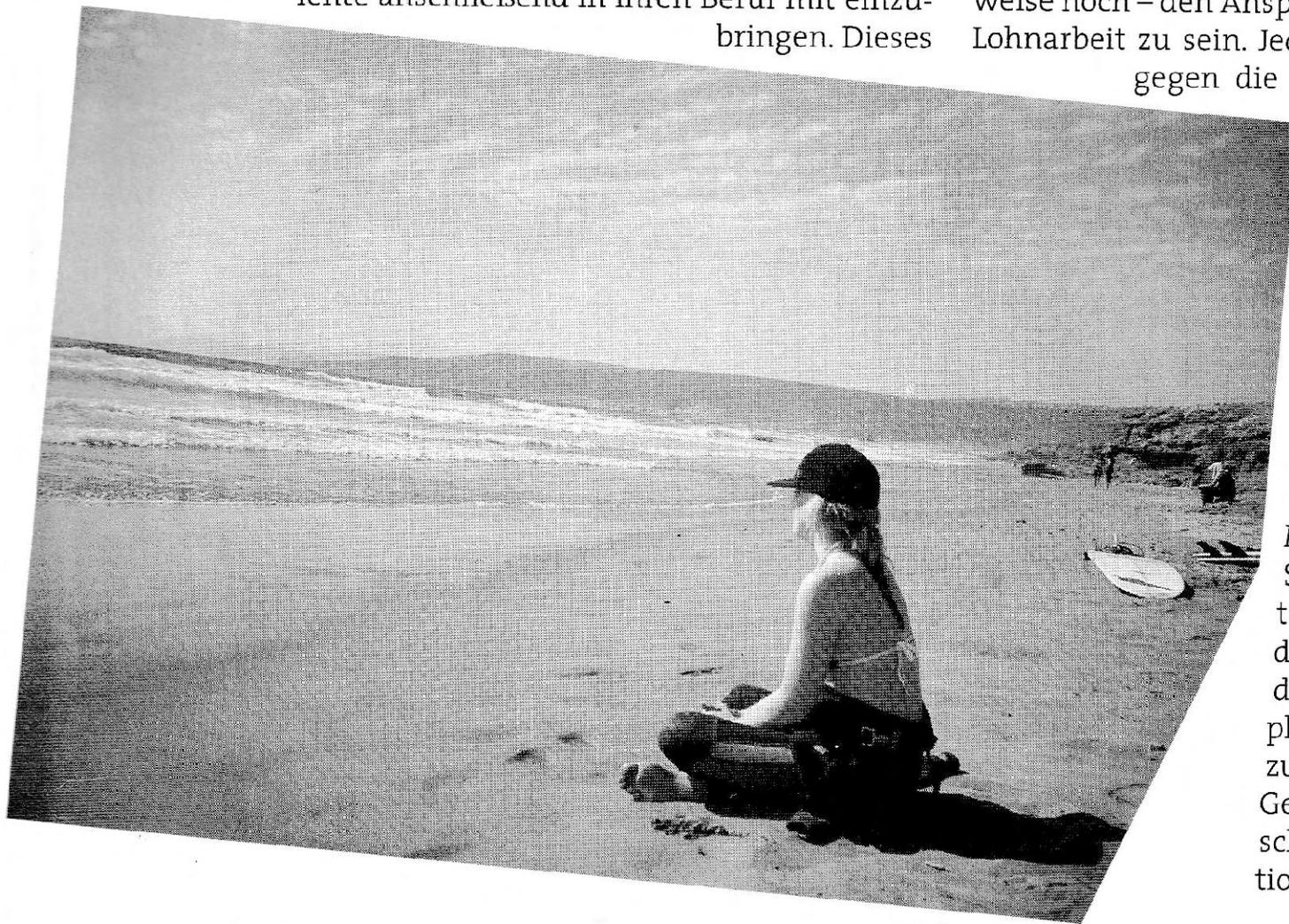
Egal ob „männlich“ oder „weiblich“ konnotierte Arbeit, der Kapitalismus kennt nur insofern Geschlechter, als dass er sie objektiviert und ihre Arbeitskraft in den Kreislauf der Verwertung einbezieht. Der letzte Schrei innovativer Unternehmensführung ist die Forderung, dass auch Männer häufiger Erziehungsurlaub nehmen sollten, um ihre bei der Erziehung erworbenen Fähigkeiten wie „Softskills“ und Organisationstalent anschließend in ihren Beruf mit einzubringen. Dieses

warenförmigen Verhältnis, das die Menschen zu Objekten einer scheinbar natürlichen Ordnung macht, ist zu negieren.. Egal welchem Geschlecht sich das Individuum verschrieben sieht.

Hundert Jahre DGB ... oder wer hat euch verraten?

Gewerkschaften gelten generell als Interessensvertretung für die ArbeiternehmerInnen. Sie sind mittlerweile in unterschiedlichsten Branchen geteilt und hegen – zumindest teilweise noch – den Anspruch, Gegnerinnen der kapitalistischen Lohnarbeit zu sein. Jedoch nicht in dem Sinne, dass sie sich gegen die kapitalistische Verwertung als solche

richten, sondern indem sie an den Schraubchen der Arbeitssituation drehen wollen. Ihre Kritik, allen voran die des DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) ist in den öffentlichen Diskursen immer wieder zu finden: Egal, ob es sich dabei um Proteste gegen Hartz IV oder für den Mindestlohn oder um die Diskussionen um KITA-Plätze, Gesundheitsreformen, „Heuschreckendiskurse“ etc. handelt – jedes Mal, wenn der Gewerkschaftsführer Sommer und andere in den Medien auftreten, vertreten sie im Sinne Interessen der Arbeit, wie sie ist. Ihre Sorge gilt dabei primär dem Abbau von Arbeitsplätzen und sich verschlechternden oder zu verbessernden Arbeitsbedingungen. Gerade die Arbeitsbedingungen waren schon immer Ausgangspunkte der traditionellen Arbeitskämpfe.



Im 19. Jahrhundert gegründet, wollten die Gewerkschaften den Ausgleich gegenüber dem kapitalistischen Ausbeutungsinteresse organisieren. Die Bedingungen, unter denen die ArbeiterInnen zu arbeiten und leben hatten, waren so schlecht, dass sie sich erst einmal den Status des Staatssubjekts, als BürgerIn, erkämpfen mussten. Durch eine Reihe von sozialen Kämpfen gelang es ihnen schließlich, diese Anerkennung als BürgerInnen zu erhalten. Als politische Artikulation ihrer Interessen organisierten sie sich Gewerkschaften, Arbeiterparteien und -vereine. Der Kampf, den die ArbeiterInnen führten, war durch Themen wie Arbeitsschutzregeln, Lohnkämpfe und durch politische Partizipationsbestrebungen bestimmt – es drehte sich also alles im Kern um die Arbeit. Ungeliebt und gehasst von den Herrschenden, gelang es den organisierten ArbeiterInnen in permanenten Arbeitskämpfen, zunehmend ökonomische und auch politische Rechte zu erstreiten. Die Konstitution als ArbeiterInnenklasse an und für sich brachte es außerdem mit sich, dass Arbeit als identitätsstiftendes Moment fungierte. International wurde das „Recht auf Arbeit“ eingefordert; und selbst im Artikel 23 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wird der stumme Zwang der Arbeit glorifizierend als elementares Menschenrecht behandelt – das Recht also auf jenen Zustand, der es den Kapitalisten erlaubt, die Arbeitskraft der ArbeiterInnen auszubeuten. So sehr diese für das „Recht auf Arbeit“ kämpften, so erschienen ihnen die Kapitalisten jedoch als das Böse in Person, denen sie sich entgegensetzen hätten. Während die umsturzorientierten KommunistInnen und SozialistInnen die Revolution und somit die proletarische Herrschaft errichten wollten, sah sich z.B. die Sozialdemokratie in der Rolle der permanenten Reformerin des Staates, so lange, bis sie schließlich die ArbeiterInneninteressen durchsetzen könnten.

Während der Kampf um Anteilhabe am gesellschaftlichen Leben, Verbesserung der Arbeitssituation und Höhe der/ höhere Löhne historisch nachvollziehbar und auch richtig ist, müssen sich Gewerkschaften heute jedoch fragen lassen, ob sie die immense Produktivkraftentwicklung der letzten Jahre nicht wahrnehmen oder ihre Interessen nicht mehr (er)kennen wollen. Zwar ist es positiv zu werten, dass Protest seitens der Gewerkschaften zunimmt und dass GewerkschafterInnen für ihre Interessen kämpfen, doch handelt es sich dabei leider all zu oft um nationale Antworten, die den „Arbeitskämpfen“ zu Grunde liegen. Die GDL (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer) hat vorgemacht, wie Protest relativ erfolgreich funktionieren kann: Das Wissen, dass ohne meine spezifische Arbeitskraft nichts mehr geht, unabhängig davon, ob meine Arbeitsverweigerung dem Standort Deutschland schadet oder nicht, macht auch den Arbeitgeber etwas spendabler – und so konnte die GDL einen Großteil ihrer Forderungen durchsetzen.

Arbeit kann als allgemeingültiges Prinzip und Überlebensgarantie nicht mehr Universalprinzip sein. Sie kann nach wie vor ideologisches Moment sein, aber die materielle Grundlage der Arbeit zeigt sich als Krisensymptom. „Krise“ sollte dabei jedoch nicht als zeitlich zu fassende Kategorie oder als apokalyptisches Ende des Kapitalismus gesehen und gedacht werden, sondern als eine Tendenz, die in der kapitalistischen Wertvergesellschaftung selbst angelegt ist und dynamische Prozesse auslöst. Der Kapitalismus offenbart tagtäglich seine inneren Widersprüche und ist dabei äußerst gewaltförmig.

Am Beispiel des Standortumzugs von Nokia Ende letzten Jahres kann beispielhaft nachgezeichnet werden, was allgemein unter dem schwammigen Begriff der „Globalisierung“ verstanden und angeklagt wird: Firmen seien heutzutage nur noch daran interessiert, möglichst viel Profit zu erwirtschaften, die

Menschen seien ihnen egal, es gebe keinen Anstand mehr – so klagen die selbsternannten Moralwächter der BRD. Dies aber ist eine Basisbanalität. Denn der Kapitalismus zwingt die Kapitalisten, so zu handeln, wie sie es eben tun, also den größtmöglichen Profit zu erwirtschaften, unabhängig davon, ob sie ihr Handeln auch moralisch vertreten können oder wollen. Um bei der Konkurrenz unter den Konzernen ganz vorne zu landen, muss in irgendeiner Form ein Kostenvorteil gegenüber den Konkurrenten vorherrschen. Zumeist besteht dieser Kostenvorteil in den günstigen Ausbeutungsverhältnissen in anderen Ländern. Die Antwort auf diese Kapitalbewegung kann es jedoch nicht sein, zum Boykott von Nokia aufzurufen, weil die als „Heuschrecken“ Identifizierten so geldgeil und unmoralisch sind. Allgemeiner formuliert: Die Antwort kann keine national-moralische sein. Vielmehr sollten VertreterInnen und Mitglieder der Gewerkschaften ihre Situation kritisch reflektieren und zu dem Schluss kommen, dass nur die Überwindung dieser kapitalistischen gesellschaftlichen Praxis ein gutes Leben für alle ermöglichen kann – jenseits von Arbeit und Nation.

mitteln und zu organisieren. Zielgerichtete Tätigkeiten als das zentrale Element der gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung sollen dabei notwendiges Übel darstellen und auf ein absolutes Minimum reduziert werden. Unter der Maßgabe eines vernünftig auszuhandelnden Ressourcenverbrauchs spielt selbstverständlich auch Ökologie eine entscheidende Rolle. Dennoch kann es nicht darum gehen, in die Höhlen zurückzukehren und fortschrittlichen Technologien eine Absage zu erteilen, wie sich das momentan auch viele Linke denken. Gerade technologische Errungenschaften wie Computer etc. machen den Kommunismus auf einer technisch viel höheren Ebene möglich. Dieselbe Technologie, die dafür sorgt, dass viele Menschen ihre Arbeit verlieren und somit auf Almosen des Staates angewiesen sind, könnte den Zweck erfüllen, dass viele Menschen kaum noch arbeiten müssten, wenn die Produktion und auch die Reproduktion der gesellschaftlichen Vermittlung unterliegen würden.

that's the way we like it –

Kommuuuuuunismus schalalalalaaa

Unter Kommunismus verstehen wir die Abschaffung einer Gesellschaft, die auf der Grundlage von abstrakter Herrschaft und bürgerlichen Kategorien funktioniert. Das Ziel kann es jedoch nicht sein, eine staatliche Struktur zu errichten, die die gesellschaftlichen Bedürfnisse organisiert, wie es dem historischen Marxismus vorschwebt. Vielmehr sind diese Bedürfnisse direkt gesellschaftlich zu er-



Der Kommunismus ist ein gesellschaftliches Projekt, bei dem nicht die menschlichen Bedürfnisse unter die Interessen des Kapitalismus subsumiert werden, sondern bei dem die Produktion so organisiert wird, dass unter den Bedingungen, die auf der Höhe der Technologie möglich sind, die gesellschaftlichen Bedürfnisse unabhängig von der Art und Weise dieser zu befriedigen sind. „Arbeit“ soll dabei die Stellung einnehmen, die ihr auch zukommt: Nämlich nicht als alles strukturierender totalitärer und gesellschaftlicher Zwang, der die Menschen zu bloßen Arbeitskraftbehältern degradiert, sondern als notwendiges Übel zum Wohle aller Menschen.

Kommunismus statt Arbeit!

im April 2008,
redical M – Antifaschistische Gruppe Göttingen
c/o Buchladen · Nikolaikirchhof 7 · 37073 Göttingen
Neue Homepage und neue E-Mail-Adresse:
<http://redical.org> · <mailto:redicalm@yahoo.com>

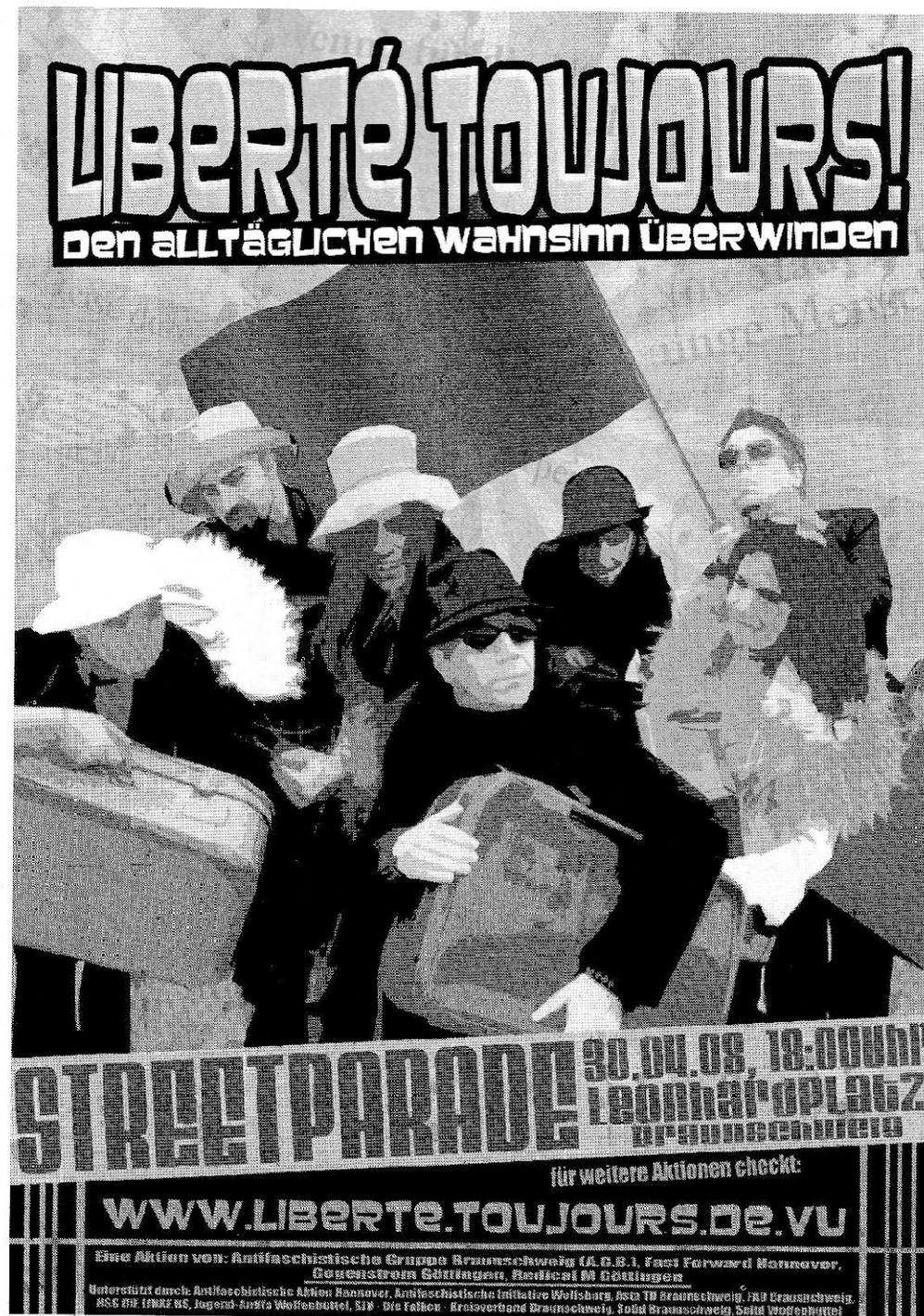
Unter dem Motto „Liberté toujours! – Den alltäglichen Wahnsinn überwinden“ veranstalten wir zusammen mit den niedersächsischen »... ums Ganze!«-Gruppen aus Braunschweig, Hannover und Göttingen eine Kampagne zu Arbeit, Kapitalismus und den Perspektiven seiner Überwindung.

Neben inhaltlichen Veranstaltungen zur Funktionsweise der kapitalistischen Ökonomie wollen wir mit einer lauten, Streetparade in Braunschweig am Vorabend des ersten Mai zeigen, dass wir kein Bock auf eine Welt haben, in der das Primat der Verwertung über die Menschen herrscht.

Gegen eine Welt die Ungerechtigkeiten am laufenden Band produziert setzen wir die Forderung auf ein schönes Leben für alle. Auf dass diese Welt so eingerichtet wird, dass der Verein der Freien und Gleichen an die Stelle der Sachzwangherrschaft und der Konkurrenz Aller gegen Alle tritt.

Alle Termine unter:

libertetoujours.blogspot.de und www.umsganze.de



LIBERTÉ TOUJOURS!

Den ALLTÄGLICHEN WAHNSINN ÜBERWINDEN

STREETPARADE 30.04.08, 18:00UHR
LEONHARDT-PLATZ
BRAUNSCHWEIG

für weitere Aktionen checkt:
WWW.LIBERTE.TOUJOURS.DE.VU

Eine Aktion von: Antifaschistische Gruppe Braunschweig (A.G.B.), Fact Forward Hannover, Gewerkschaften Südtirol, Redical M Göttingen

Unterstützt durch: Antifaschistische Aktion Hannover, Antifaschistische Initiative Wolfsburg, Asta TD Braunschweig, FdU Braunschweig, NSG ZfH IFAWZ NS, Jugend-Antifa Wolfenbüttel, SJK Die Falken Kreisverband Braunschweig, Judd Braunschweig, Solid Wolfenbüttel

Termine zur Verunglimpfung der Arbeit

Veranstaltung „Arbeit im Kapitalismus“ mit Dr. Nadja Rakowitz

Anhand der Frage, welche Rolle Arbeit im Kapitalismus spielt und welchen Zwecken die Produktion von Gütern dient, möchten wir eine einleitende Einführung in das Thema Kapitalismus geben. In dieser Veranstaltung soll das Spezifische des Kapitalismus und seiner Basiskategorien herausgearbeitet und verständlich dargestellt werden. Auch die Frage danach, wo im Bestehenden Elemente einer für den Menschen adäquaten Gesellschaft bereits liegen, werden dabei eine Rolle spielen.

Die Referentin Dr. Nadja Rakowitz ist Medizinsoziologin und hat sich in mehreren Veröffentlichungen mit der marxschen Analyse der Warengesellschaft auseinandergesetzt. Unter anderem hat sie im letzten Jahr beim »...ums Ganze!«-Kongress zur „Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie“ referiert.

Mittwoch, 16. April 2008 | 20.30 Uhr

Theaterkeller | Geismarlandstraße 19 | Göttingen

Streetparade „Liberté toujours!“

30.04.2008 | 18 Uhr

Leonhardplatz | Braunschweig

Pflichtübung:

**1. Mai 2008 – Nazi-Aufmarsch in
Hamburg verhindern!**

Veranstaltung „Fetisch Arbeit?! – Zur Kritik und Krise eines modernen Heiligtums“ mit Norbert Trenkle

Um den Stellenwert der Arbeit im heutigen Kapitalismus zu erläutern, haben wir Norbert Trenkle, einen Redakteur der wertkritischen Zeitschrift „KRISIS“, eingeladen.

Dass viele Menschen keine Arbeit haben und finden, ist nicht Ausdruck einer „verfehlten Wirtschaftspolitik“, wie gerne angenommen wird, sondern im Kapitalismus selbst schon angelegt. Die Veränderungen in der Produktion und das, was allgemein hin „Globalisierung“ genannt wird, führen dazu, dass immer weniger Menschen für die Produktion von Waren gebraucht werden.

Diese „Überflüssigen“ würden, so die KRISIS, durch „Arbeitsimulation“ beschäftigt. Dabei spielt es keine Rolle, inwiefern Arbeit produktiv ist. Wichtig ist, dass die Menschen arbeiten. Auch für Betroffene selbst ist dies von großer Bedeutung. Nicht nur, weil sie damit Geld verdienen und somit zumindest einen Teil ihrer materiellen Bedürfnisse befriedigen können, sondern auch weil sie einen Teil ihrer Identität dem „Arbeitsgötzen“ verdanken.

Bei dem Vortrag von Norbert Trenkle wird dabei nicht nur die Veränderung der Produktionsmittel und steigenden Produktivkräfte eine entscheidende Rolle spielen, sondern auch, wie sich der Doppelcharakter und Fetisch der Arbeit darstellt. Die zentrale These ist dabei, dass die Arbeit in der Krise steckt.

Wie sich diese „Krise“ der Arbeit bemerkbar macht, ob sie ideell oder materiell begründet ist und ob der Kapitalismus jetzt seine eigene Apokalypse vorbereitet, wollen wir mit euch und Norbert Trenkle diskutieren.

Dienstag, 29. April 2008 | 20 Uhr

Theaterkeller | Geismarlandstraße 19 | Göttingen